

Antrag: Offenlegungspflicht für Einkünfte aus externen Mandaten

Antragstellende:

Ortsverband Bedburg, Ortsverband Bergheim, Ortsverband Brühl, Ortsverband Elsdorf, Ortsverband Erftstadt, Ortsverband Frechen, Ortsverband Hürth

Beschlusstext:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, eine verbindliche Regelung zur Offenlegung von Vergütungen aus externen Mandaten zu erarbeiten. Alle Mandatsträger*innen und Sachkundigen Bürger*innen, die auf Vorschlag der Kreistagsfraktion oder durch Kreistagsbeschluss in Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder vergleichbare Gremien entsandt wurden, sollen verpflichtet werden, Art und Höhe der daraus resultierenden Vergütungen gegenüber dem Kreisvorstand offenzulegen. Der Kreisvorstand berichtet der KMV jährlich aggregiert über die Gesamtsumme der offengelegten Vergütungen.

Der Vorstand legt den Regelungsvorschlag auf dem nächsten ordentlichen Kreisparteirat vor.

Begründung:

Ohne Kenntnis der tatsächlichen Einkünfte aus externen Mandaten ist eine gerechte und transparente Abgabenregelung nicht möglich. Derzeit sind Mandatsträger*innen und Sachkundige Bürger*innen nicht verpflichtet, diese Vergütungen offenzulegen, und entscheiden faktisch selbst, welchen Anteil sie an die Partei abführen. Das widerspricht dem Grundsatz der Transparenz und untergräbt das Vertrauen der Mitglieder in eine faire Lastenverteilung.